

(Dafür FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, Abg. Tassis [AfD])

Stimmenthaltungen?

(ALFA)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Jetzt lasse ich über den Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

**Jugendpolitik in Bremen stärken!
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen
und der SPD
vom 4. November 2015
(Drucksache 19/40 S)**

Dazu

**Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
vom 23. November 2015
(Drucksache 19/55 S)**

Wir verbinden hiermit:

**Jugendpolitik in Bremen stärken!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 24. November 2015
(Drucksache 19/56 S)**

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Stahmann.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Wendland.

Abg. Frau Wendland (Bündnis 90/Die Grünen)
: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kolle-

gen! In dieser Legislaturperiode wollen wir die Jugendpolitik in Bremen stärken. Das ist unser Ziel. Was aber genau heißt das, die Jugendpolitik stärken? Für uns Grüne heißt das hier und heute, dass wir endlich eine gesamtstädtische Jugendhilfepflicht brauchen. Dazu gehört auch ein regelmäßiger Kinder- und Jugendbericht. Damit schaffen wir eine gute und transparente Grundlage. Wo steht die Jugendarbeit und Jugendhilfe in Bremen? Wie muss sie weiterentwickelt werden? Wie können wir sie kontrollieren und steuern? Also: Bringen wir gemeinsam diese Jugendhilfepflicht auf den Weg!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Wir alle wissen: Kinder und Jugendliche sind die Zukunft unserer Gesellschaft. Das hat jede und jeder von uns im Parlament schon einmal gesagt. Damit das keine hohle Phrase bleibt, müssen wir jetzt endlich handeln. Ein Teil des Handelns muss darin bestehen, diesen von uns geforderten Kinder- und Jugendbericht vorzulegen, um zu erfahren, wo es Bedarf gibt und welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind, denn junge Menschen und ihre Familie haben einen Anspruch auf vorbeugende Hilfen und Förderung ihrer Entwicklung, und sie haben ein Recht darauf, das mit auszugestalten, also beteiligt zu werden. Ich glaube, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir uns grundsätzlich darüber einig sind, dass wir die Analyse und die Bedarfsplanung benötigen. Darüber sollten wir heute im Parlament eine Verständigung erzielen. Insofern hoffe ich sehr, dass alle unseren Antrag unterstützen.

Der letzte bremische Kinder- und Jugendbericht liegt zwölf Jahre zurück. Der damalige Schwerpunkt war die Familienbildung, aber die Herausforderungen, vor denen wir stehen, haben sich verändert. Mögliche Schwerpunkte für diesen Bericht sind zum Beispiel die dringende Bekämpfung der Kinder- und Jugendarmut, der Zuzug von jungen Flüchtlingen oder Kinder- und Jugendbeteiligung. Wir können heute im Parlament darüber diskutieren, welche Schwerpunkte wir setzen wollen. Letztendlich ist es aber so, dass die Beratung und Entscheidung dem Jugendhilfeausschuss obliegt. Er ist das zuständige Fachgremium, das wir auf keinen Fall bevormunden sollten.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Lassen Sie mich kurz auf die Jugendhilfepflicht eingehen, die für Bremen - ich hatte es bereits erwähnt - längst überfällig ist! Darauf warten wir seit Jahren. Im Grunde genommen ist es unsere gesetzliche Pflicht, eine solche Planung vorzulegen. Es gilt herauszufinden, welche Einrichtungen und Dienste wir zurzeit haben, welche Einrichtungen in der Kinder- und Jugendhilfe gebraucht werden, welcher Träger für welche Zielgruppe mit

welchem Konzept arbeitet, ob das Förderangebot oder die Hilfeleistung auch beim Kind, beim Jugendlichen und bei den Eltern ankommt und welchen gesamtstädtischen Bedarf es in der offenen Jugendarbeit und bei der Weiterentwicklung der Erziehungshilfen tatsächlich gibt.

Gerade im Bereich der Erziehungshilfen gibt es einen starken Anstieg der Sozialausgaben. Diese steigen Jahr für Jahr. Ich frage mich, warum das so ist. Diese Frage will ich beantworten, und da steht der Senat in der Pflicht. Diese Bedarfsplanung kann, soll sie seriös sein, aber nur auf der Grundlage von belastbaren statistischen Daten erfolgen. Deswegen kann es durchaus sinnvoll sein, ein externes Expertenteam zurate zu ziehen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Auch hier gilt, dass die Träger der freien Jugendhilfe, die Kinder und Jugendlichen einbezogen werden. Diese Datengrundlage ist unerlässlich, um zum Beispiel eine verantwortungsvolle Ausbauplanung von ambulanten und stationären Jugendhilfemaßnahmen zu erstellen und konzeptionell weiterzuentwickeln. Deswegen stellen wir diesen Antrag, der eine gesamtstädtische und koordinierte Jugendhilfeplanung einfordert, und zwar zur Verbesserung der Transparenz und um in Zukunft besser steuern und kontrollieren zu können. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat der Abgeordnete Tuncel das Wort.

Abg. Tuncel (DIE LINKE) ¹⁾: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Grundsätzlich ist es richtig und wichtig, dass die Situation von Kindern und Jugendlichen in Bremen endlich wieder in einem Bericht evaluiert werden soll. Ich muss gestehen, ich dachte, das ist seit 20 Jahren nicht geschehen, aber die Kollegin sprach von zwölf Jahren. Die Arbeit in der Jugendhilfe und offenen Jugendarbeit ist heute wichtiger denn je und bedarf dringend einer Verbesserung. Hierfür erwarten wir von dem Bericht Anregungen.

Bremen ist seit Langem eine sozial gespaltene Stadt. Eine aktive und gut ausgestattete Jugendarbeit ist ein unerlässlicher Baustein dafür, die Spirale von Armut und Perspektivlosigkeit zu durchbrechen.

(Beifall DIE LINKE)

Seit die Bremer Bevölkerung vor allem durch die Geflüchteten wieder wächst, ist die Jugendarbeit noch mehr als bisher bei der Integration gefordert. In den vergangenen Wochen konnten wir lesen, dass sich die Anzahl der Besucher der Jugendein-

richtungen verdoppelt hat, was ich sehr positiv finde. Wir haben heute bereits darüber gesprochen, dass wir unter anderen mehr Personal brauchen.

Der Bericht wird uns hoffentlich Anhaltspunkte liefern, wie wir Konzepte verbessern, Kinder und Jugendliche zielgenauer ansprechen und Defizite beseitigen können. Schon jetzt ist aber klar: Die Jugendarbeit in Bremen ist am finanziellen und personellen Limit. Das Bündnis „30 Prozent mehr Zukunft“ stellt zum Beispiel die Frage, wie durch die gedeckelten Budgets Tariflöhne gezahlt werden können. Wir können und dürfen es uns nicht leisten, dass in einem so wichtigen Bereich eine prekäre Beschäftigung im öffentlichen Auftrag stattfindet. Die Zukunft von jungen Menschen muss uns mehr wert sein.

(Beifall DIE LINKE)

Wir haben einen Änderungsantrag gestellt, der den vorliegenden Antrag von SPD und Grünen in zwei Punkten ergänzt. Zum einen wollen wir, dass der Bericht schneller vorgelegt wird. Die von der Koalition angepeilte Bearbeitungszeit von eineinhalb Jahren erscheint uns zu lang. Um noch in dieser Legislaturperiode die entsprechenden parlamentarischen Schlüsse aus dem Bericht zu ziehen und eine Verbesserung zu erreichen, ist das viel zu lang. Deshalb schlagen wir vor, dass der Bericht bis zum Ende nächsten Jahres vorgelegt wird, also Ende 2016.

Zum anderen wollen wir eine möglichst objektive und kritische Analyse. Wenn der Senat seine eigene Arbeit evaluiert und darüber Bericht erstattet, kann man sich vorstellen, dass der Finger vielleicht nicht so ganz tief in die Wunde gelegt wird. Wir möchten deshalb, dass der Bericht von externen Expertinnen und Experten angefertigt wird.

(Beifall DIE LINKE)

Deshalb wünschen wir uns, dass Sie unserem Änderungsantrag zustimmen. Liebe Kollegin Frau Wendland, Sie haben ja gesagt, dass Sie es begrüßen würden, wenn wir Ihrem Antrag zustimmen würden. Vielleicht besteht noch die Möglichkeit, dass Sie sich einig werden und unserem Änderungsantrag zustimmen.

Zum Antrag der CDU: Die CDU hat im Gegensatz zu uns und der Koalition die Beteiligung der Jugendlichen nicht in den Beschlussteil aufgenommen. Das finden wir nicht glücklich.

(Abg. Frau Ahrens [CDU]: Erkläre ich gleich!)

Im Antrag werden schon Punkte des Berichts vorgegeben, sodass dem Jugendhilfeausschuss

schon vor Beginn der Beratung vorgeschrieben wird, in welche Richtung es gehen soll. Auch Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, wollen, dass sich der Senat selbst evaluiert. Damit sind wir nicht einverstanden. Deshalb werden wir den Antrag der CDU ablehnen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat der Abgeordnete Möhle das Wort.

Abg. Möhle (SPD) ^{*)}: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Als jemand, der nicht mehr so ganz jugendlich und ein bisschen in die Jahre gekommen ist, weiß ich doch aus meiner ureigensten Erfahrung, dass eines der wichtigsten Merkmale von Jugendpolitik ist, dass die Jugendlichen beteiligt werden und mitbestimmen dürfen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen ist der Satz im Beschlussvorschlag „Dabei sind die Jugendlichen zu beteiligen“ der eigentlich zentrale. Das wollte ich vorwegschicken.

Man sollte jetzt nicht so tun, als hätten wir überhaupt keine Ahnung davon, was jugendpolitisch geschieht, was wir in den letzten Jahren gemacht haben und als wenn wir nicht wüssten, welche Verbesserungen noch anstehen. Das alles wissen wir auch ohne einen solchen Bericht.

Ich weiß, dass es eine gesetzliche Vorschrift gibt, diese Berichte zu erstellen. Schon deshalb muss und kann man nichts dagegen sagen. Meine eigene Idee ist das nicht, aber wenn uns das weiterhelfen kann, warum nicht?

Ich glaube, dass die Auseinandersetzung in der Stadt zunehmend an Schärfe gewinnen wird, und zwar einfach deshalb, weil der Streit um die finanziellen Mittel auch im Jugendbereich nicht ohne Folgen bleiben wird. Wir werden - und davon bin ich ganz fest überzeugt - mehr Mittel als bisher in die Hand nehmen können. Im Übrigen ist das im Wahlprogramm der Grünen genauso festgeschrieben wie im Wahlprogramm der CDU.

Es wird die Frage zu beantworten sein, ob wir tatsächlich in der Lage sein werden, mehr Geld zu mobilisieren, um die in dem Bereich notwendigen Dinge zu finanzieren. Michael Schwarz hat ein - wie ich finde - sehr gutes Programm nach Absprache mit den Jugendverbänden, mit den Jugendlichen und im Grunde genommen einvernehmlich mit den Trägern der Jugendhilfe vorgelegt. Wenn dieses Programm umgesetzt werden soll, sind deutlich höhere Mittel vorzusehen. Man

kann an jeden Vorschlag ein Preisschild mit einem Finanzierungshinweis anheften.

Ich glaube, wir stehen nicht am Anfang und müssen eine komplette neue Planung vornehmen, sondern können wir auf den vorhandenen Erkenntnissen aufbauen, um schließlich in den Haushaltsberatungen die Finanzierung sicherzustellen. Man kann darüber reden - das sage ich an dieser Stelle auch -, welche Dinge wünschenswert sind, welche Dinge man sich in der Zukunft für die Jugendlichen wünscht, aber es sind relativ hohle Sätze, wenn es nicht gelingt, ganz konkret zu sagen, in welcher Höhe wir Haushaltsmittel für diesen Bereich mobilisieren können. Ich bitte das Parlament an dieser Stelle heute noch nicht, aber in Zukunft bei den Haushaltsberatungen auf den Jugendbereich zu schauen.

Wichtig und richtig ist - und das hat unser Kollege Tuncel bereits ausgeführt -, dass wir einen Weg finden müssen, die Gruppe der unbegleiteten minderjährigen Jugendlichen in unsere Stadt zu integrieren, damit wir eben nicht immer über ein „Problem“ reden, sondern begreifen, dass sie als eine Bereicherung unserer Stadt anzusehen sind. Ich bin fest davon überzeugt, dass das kein Selbstläufer ist, sondern dass das eine große Herausforderung für die Jugendpolitik und die Jugendhilfe. Ich finde, wenn man darüber ernsthaft nachdenkt, dann muss man zu dem Ergebnis kommen, dass es sinnvoll sein kann, ein entsprechendes Programm zu haben, dann muss man aber vor allen Dingen über die Finanzierung des Programms reden.

Die CDU hat mitbekommen, dass es eine kleine Differenz zwischen den Koalitionsfraktionen gegeben hat. Wir wollten wenig Konkretes in der Absicht formulieren, dass wir die Befragung der Jugendlichen einbeziehen wollten. Die Grünen hatten im ersten Antragsentwurf einige konkrete Punkte genannt. Die CDU hat dann in den eigenen Antrag diese Punkte aufgenommen. Wie heißt es noch in dem Lied der Prinzen: „Das ist alles nur geklaut.“

Viel mehr hat die CDU an dieser Stelle nicht zu bieten. Ich finde es sehr mager. Ich würde mir wünschen, dass die CDU selbst über jugendpolitische Wege nachdenkt, aber nicht die Ideen der Koalition als eigene darstellt. - Danke schön!

(Beifall SPD)

Vizepräsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Ahrens.

Abg. Frau Ahrens (CDU) ^{*)}: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! **Seit vielen Jahren findet in Bremen keine gesetzlich vorgeschriebene Jugendhilfeplanung statt, obwohl wir sie ja eigentlich machen müssten. Das soll sich**

heute aufgrund der hier vorliegenden Anträgen ändern, und das finden wir sehr gut.

Eine echte Jugendhilfeplanung umfasst dabei eine quantitative und qualitative Bestandsaufnahme, also eine aufgaben- und organisationskritische Bewertung der Ist-Situation. Sie umfasst eine Bedarfsanalyse unter Berücksichtigung von Sozialräumen und Zielgruppen, konkrete Vorschläge zur Ausgestaltung und Qualifizierung der Angebote der Jugendhilfe, eine klare Prioritätensetzung für die Umsetzung sowie deren fortlaufende Überprüfung. Vereinfacht ausgedrückt: Die Planung dient allein dem Zweck, die Sicherung der Lebensbedingungen von Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern zu ermöglichen. Das fachlich für die Erarbeitung der Jugendhilfeplanung zuständige Gremium ist der Jugendhilfeausschuss, der die Themenschwerpunkte festlegt. Das ist völlig klar. Soweit zu den Gemeinsamkeiten, die uns fraktionsübergreifend einen!

Kommen wir zu den Unterschieden und den Gründen für unseren Antrag! Wir als CDU-Fraktion sehen einen Handlungsdruck in Bezug auf die Erstellung des Kinder- und Jugendberichtes. Der Armutsausschuss hat 88 Handlungsempfehlungen definiert, die diesen Bereich zum Teil auch beinhalten. Wir finden in diesem Sieben-Punkte-Papier Gröpelinger Kitas mit Problemanalysen und konkreten Vorschlägen zur Umsetzung. Ich könnte reihenweise ausführen, welche Dinge bereits vorliegen.

Wir wissen, dass wir in der offenen Kinder- und Jugendarbeit, in der außerschulischen Jugendbildung, im Bereich des Kinderschutzes und in vielen anderen Bereichen zu wenig Mittel haben, um die tatsächlichen Bedarfe abzudecken, und dass Synergieeffekte mit den Schulen immer noch zu wenig genutzt werden, dass wir also hier eine große Baustelle haben. Zusammenfassend kann man auch sagen, dass wir kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsdefizit haben.

(Beifall CDU)

Wir wollen keine Umsetzung eines Kinder- und Jugendberichts Mitte 2017, wie es von der Koalition gefordert wird. Das würde nämlich bedeuten, dass wir bis Mitte 2017 nichts verändern und alles so bleibt wie bisher. Das hätte für die offene Kinder- und Jugendarbeit beispielsweise die Schließung einzelner Einrichtungen zur Folge, denn sie sind jetzt schon chronisch unterfinanziert und halten zwei weitere Jahre Preissteigerung ohne finanzielle Anpassung nicht aus.

Das haben wir im Übrigen fraktionsübergreifend im Jugendhilfeausschuss auch so gesehen, meine Damen und Herren. Wir waren damals der Auffassung, wenn wir ein hoch anspruchsvolles Rahmenkonzept beschließen, das klare Vorgaben

macht, wie wir einen fachlichen Anspruch definieren, dann muss das auch mit erhöhten Finanzmitteln hinterlegt werden. Ich glaube, damals formulierte Herr Möhle, dem Rahmenkonzept haften ein Preisschild an. Das ist so!

Jetzt noch zwei Jahre zu warten, um vielleicht in die Haushalte 2018/2019 zusätzliche Mittel einzustellen, halten wir für wenig zielführend. Wenn man weiß, dass der Doppelhaushalt 2016/2017 erst im Juni 2016 beschlossen werden soll, dann ist es genau richtig, dass bis zu diesem Zeitpunkt der Bericht vorzulegen ist, damit nämlich die im Bericht festgestellten Erkenntnisse sich finanziell im Doppelhaushalt 2016/2017 widerspiegeln. Teilergebnisse liegen bereits vor, und deswegen enthält unser Antrag einen etwas früheren Zeitpunkt.

Wir wollen selbstverständlich - und so steht es auch im Antrag der Koalition -, dass der Jugendhilfeausschuss letztendlich die Prioritäten setzt. Dennoch haben wir uns Jugendhilfeberichte anderer Städte und Gemeinden angeschaut, und wir haben festgestellt, dass sie übergreifend immer wieder bestimmte Punkte aufführen. Wir haben uns erlaubt, die Punkte, die bundesweit in den Kinder- und Jugendhilfeberichten genannt sind, ebenfalls in unseren Antrag aufzunehmen. Insofern haben wir tatsächlich etwas übernommen, Herr Möhle, allerdings nicht von Ihnen und auch nicht von den Grünen.

Wir wollen, um das noch einmal ganz deutlich zu sagen, keine externe Evaluation. Es ist der gesetzliche Auftrag der Behörde, einen Kinder- und Jugendbericht zu erstellen, und ich sehe überhaupt keinen Grund, 100 000 bis 250 000 Euro für ein externes Gutachten zu bezahlen, wie wir es in der Vergangenheit sehr exzessiv im Sozialbereich gemacht haben. Dieses Geld würde ich ab 2016 lieber für die offene Kinder- und Jugendarbeit einsetzen. Es hilft dann nämlich, direkt und unmittelbar die Not der Betroffenen zu lindern.

Ich erinnere mich aufgrund meiner sechzehnjährigen Tätigkeit an einige Gutachten, in denen häufig nur das schriftlich dargestellt worden ist, was wir alle vorher gesagt haben, und dafür brauche ich kein Geld in die Hand zu nehmen. Ich bleibe also bei der Prämisse der Finanzsenatorin, die klare Vorgaben für die Vergabe externer Gutachten in einer Broschüre herausgegeben hat.

(Glocke)

Ich komme zum Schluss!

Uns ist klar, dass Paragraph 80 SGB fordert, dass die Beteiligung von Jugendlichen stattzufinden hat. Das haben wir auch nie in Abrede gestellt,

denn ein gesetzlicher Auftrag muss entsprechend aufgenommen werden.

(Glocke)

Ich komme zum Schluss, ich möchte noch einen letzten Satz sagen! Die tatsächliche Beteiligung der Jugendlichen muss der Jugendhilfeausschuss feststellen. Das ist in einigen Bereichen mit einer direkten Beteiligung sicherlich sinnvoll und richtig. In anderen Bereichen muss man über andere Beteiligungsformen nachdenken. - Danke schön!

(Beifall CDU)

Vizepräsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Kohlrausch.

Abg. Frau Kohlrausch (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Jugendpolitik in Bremen stärken, das ist selbstverständlich. Darüber brauchen wir eigentlich nicht mehr viele Worte zu verlieren. Wenn wir es nicht schaffen, unsere Jugendlichen auf dem Weg in die Gesellschaft mitzunehmen, die wir uns für die Zukunft vorstellen, dann sehen wir arm aus.

Ganz neu hinzukommen jetzt die Herausforderungen durch die Zuwanderung. Ich habe heute in der Straßenbahn erlebt, dass eine 16-Jährige angeekelt mit entsprechenden Äußerungen aufstand, als sich eine farbige Frau neben sie setzte. Ich habe nicht geglaubt, dass so etwas in Deutschland jemals möglich sein würde, und hoffe, dass ich so etwas nicht noch einmal erlebe.

(Beifall)

Ich habe in der Zeitung gelesen, dass Herr Kehlenbeck gesagt hat: „Die Schwierigkeiten sind mehr geworden. Man merkt, dass es mehr Jugendliche gibt, die wir verlieren.“ Das ist ebenfalls nicht hinnehmbar. Wir müssen alles tun, um das zu vermeiden, um jeden Jugendlichen zu erreichen.

Voraussetzung für eine Verbesserung unserer Arbeit ist ein Bericht, den es, wie ich gehört habe, es seit zwölf Jahren nicht mehr gegeben hat. Dieser ist eine dringende Notwendigkeit und eine Selbstverständlichkeit. Selbstverständlich werden wir zustimmen. Allerdings glauben wir nicht, dass dafür ein externes Gutachten notwendig ist. Wenn die Koalition entscheiden könnte, ihren Antrag in zwei Teile aufzuteilen und eine extra Abstimmung über das externe Gutachten durchzuführen, dann würden wir dem anderen Teil gern zustimmen. Ein externes Gutachten würde uns nicht weiterbringen. Es reicht, in die anderen Länder zu schauen und selbst unsere Köpfe darüber zu zerbrechen, was wir dann mit dem Bericht machen.

Es wäre gut, wenn dieser Bericht bis zum nächsten Sommer vorliegt, damit wir dann bis zum

Sommer 2017 auf Grundlage des Berichtes die dringend notwendige Planung vornehmen können.

Ich hoffe, dass wir gemeinsam bald eine Besserung der Arbeit schaffen und uns einigen, wie unsere Gesellschaft aussehen soll und wie wir unsere Jugendlichen auf dem Weg in diese Gesellschaft mitnehmen können. - Vielen Dank!

(Beifall FDP)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat die Abgeordnete Frau Wendland das Wort.

Abg. Frau Wendland (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte kurz etwas zur offenen Kinder- und Jugendarbeit sagen, damit hier kein falscher Eindruck entsteht. Es wurde ein Rahmenkonzept erarbeitet. In diesem Rahmenkonzept ist eine inhaltlich-fachliche Abstimmung erfolgt. Beispielsweise hat man sich darauf geeinigt, die Kinder- und Jugendbeteiligung stärker in den Fokus zu nehmen und das Angebot in den Freizeitheimen für junge Flüchtlinge zu erweitern. Das sind nur zwei Punkte.

Dieses Rahmenkonzept wurde unter breiter Beteiligung der freien Träger und auch mit Kindern und Jugendlichen erarbeitet. Das hatte einen ganz langen politischen Vorlauf von zwei Jahren. Es ist nicht so, dass wir die Einführung einer Jugendhilfeplanung, wie ich gerade begründet habe, auf die lange Bank schieben wollen, wie Sie das dargestellt haben, Frau Ahrens, indem wir bis zum übernächsten Sommer warten. Das ist definitiv nicht so.

Richtig ist, dass wir Grüne für die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses beantragt haben, dieses Thema auf die Tagesordnung zu setzen und uns darzustellen, inwieweit die Umsetzungsplanung zum Konzept „offene Jugendarbeit“ fortgeschritten ist. **Ein Bestandteil dieser Umsetzungsplanung ist, die Bedarfe aus den Stadtteilen genau darzulegen, um dann darüber zu befinden, wie viel Geld wir im Haushalt brauchen, um dieses Konzept, das politisch lange vorbereitet wird, finanziell auszugestalten.** Das ist das, was Klaus Möhle und ich als jugendpolitische Sprecherin meiner Fraktion gesagt haben und was auch die Fraktion der Grünen bereits in ihrer Antrittsrede hier zur Regierung betont hat.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Zum Änderungsantrag der LINKEN: Sie wollen zwei kleine Änderungen. Zum einen wollen Sie, dass ein unabhängiges Expertengremium einen Kinder- und Jugendbericht erstellt. Da sind wir nicht weit auseinander, denn in unserem Antrag wird diese Möglichkeit eröffnet. Wir finden aber

auch, dass der Senat an dieser Stelle selbst entscheiden soll, ob er mit eigenem Personal oder durch Einkauf von Expertise diese gesetzliche Aufgabe umsetzen will.

Zur zeitlichen Perspektive: Wir wollen dem Senat Zeit geben, das ordentlich zu machen, weil wir schon lange keinen Kinder- und Jugendbericht mehr hatten und die Jugendhilfeplanung noch gar nicht. Das soll ordentlich gemacht werden. Deswegen haben wir uns für den gewählten Zeitraum entschieden.

(Abg. Tuncel [DIE LINKE]: Zwölf Monate sind doch genug!)

Wir alle wissen, Herr Tuncel, dass das Sozialressort im Moment wirklich viele Aufgaben hat. Wir haben eine große Herausforderung. Das soll ordentlich geplant und eingetütet werden.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Wir wollen, dass dies seriös geschieht. Deswegen lassen wir dem Senat entsprechend Zeit.

Zum Dringlichkeitsantrag der CDU: Wir sind wirklich überrascht, dass Sie uns diesen Antrag kurz vor Schluss auf den Tisch legen, weil Sie unseren grün-roten Antrag einfach übernommen haben, sogar den Titel „Jugendpolitik in Bremen stärken“,

(Abg. Röwekamp [CDU]: Der ist auch nicht besonders kreativ!)

was zeigt, wie gut unser Antrag ist. Was haben Sie gemacht? - Sie haben den Antrag mit Passagen aus dem Gesetzestext etwas aufgemöbelt, wobei doch sowieso klar ist, was genau gemacht werden muss.

Wir haben den Antrag aus mehreren Gründen schlank gehalten: Die Festlegung der thematischen Schwerpunkte obliegt dem Jugendhilfeausschuss. Er ist das zuständige Fachgremium. Außerdem wollten wir natürlich auch unsere Koalitionspartnerin, die SPD, überzeugen, und wir wollten die Grundlage für eine interfraktionelle Einigung legen, was am Ende leider nicht möglich war.

Ich nehme wahr, dass wir uns grundsätzlich einig sind, diese Bedarfsplanung zu brauchen. Dazu gehört auch ein regelmäßiger Bericht über die Lage der Kinder, Jugendlichen und Familien in unserem Land, in unserer Stadt. Das stimmt mich optimistisch, vor allem für die anstehenden Beratungen im Jugendhilfeausschuss. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat der Abgeordnete Möhle das Wort.

Abg. Möhle (SPD) ^{*)}: Eigentlich war ich schon fertig, aber ich möchte doch noch etwas zu Frau Kohlrausch sagen. Sie haben eben gesagt, wenn wir die Jugendlichen nicht mitnehmen in eine Gesellschaft, wie wir sie uns vorstellen und so weiter: Genau das ist jugendpolitisch verkehrt! Wir müssen die Jugendlichen ihre eigene Vorstellung davon entwickeln lassen, wie sie die Gesellschaft sehen wollen. Wohngemeinschaften gab es früher nicht. Es war überhaupt nicht vorstellbar, dass man so etwas lebt. Inzwischen ist das recht etabliert. Inzwischen gibt es sogar Seniorenwohngemeinschaften. Das ist ja auch schön. Das gab es vorher nicht. Mein Interesse ist, um es ganz deutlich zu sagen, dass wir die Jugendlichen nicht bevormunden. Das darf auch ein solcher Bericht nicht tun.

Wir müssen die Frage stellen: Welche Interessen haben die Jugendlichen? Genau das ist der Ansatzpunkt. Das kam vorhin zumindest etwas zweideutig herüber. Das ist mir ein ganz wichtiges Anliegen. Ansonsten machen wir uns hier im Hause über Jugendpolitik einen Kopf, erreichen aber die Jugendlichen nicht, weil wir ihnen vorschreiben wollen, was sie zu denken oder zu fühlen haben. Ausgenommen davon sind natürlich Erfahrungen, die wir gemacht haben. Es wird aber auch bei den Jugendlichen immer Durchgeknallte geben, wie es die auch bei den Erwachsenen gibt. An manchen Stellen wird man den Kopf schütteln. Das tue ich bei Pegida immer wieder. Dass da teilweise auch Jugendliche eingefangen werden, das verwundert nicht. Deswegen muss man mit denen reden. Wichtig sind das offene Gespräch und dass man die Jugendlichen ernst nimmt. Wenn dieser Bericht das schafft, dann kommen wir im Umgang mit den Jugendlichen tatsächlich weiter. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat die Abgeordnete Ahrens das Wort.

Abg. Frau Ahrens (CDU) ^{*)}: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Wendland, wenn sich die Fraktion DIE LINKE beschwert hätte, dass der Antrag der CDU relativ kurzfristig vorgelegt worden ist, dann hätte ich das verstanden. Ihnen lag der Antrag schon sehr lange vor, weil es unsere Antwort auf Ihre Frage war, ob man interfraktionell einen Antrag machen könnte. Sie haben sich den angesehen und gesagt, dass Teile davon eventuell übernommen werden könnten. Letztlich ist es nicht dazu gekommen. Jetzt sollten Sie hier nicht so tun, als hätten wir Ihren Antrag geklaut. Das muss ich an der Stelle zurückweisen. Das ist inhaltlich falsch,

(Widerspruch Bündnis 90/Die Grünen)

denn wir haben ganz klar gesagt: Wenn wir einen interfraktionellen Antrag nicht hinbekommen, dann machen wir einen eigenen Antrag, weil wir bestimmte Punkte sehr wichtig finden und nicht wollen, dass das untergeht.

Meine Damen und Herren, zum Rahmenkonzept möchte ich kurz etwas sagen! Das Rahmenkonzept hat eine inhaltliche Neuaufstellung der offenen Kinder- und Jugendarbeit beinhaltet. Es setzt klar definierte Standards fest, wie wir uns für die Zukunft die offene Kinder- und Jugendarbeit vorstellen. Das bedeutet aber auch - und das haben alle betroffenen Akteure übergreifend gesagt -, dass die Umsetzung des Rahmenkonzepts mit der augenblicklichen Personalausstattung nicht zu realisieren ist. Wenn man den Gerüchten glauben kann, die jetzt schon auf den Fluren der Träger zu hören sind, nach denen die zusätzlichen Mittel in Höhe von 100 000 Euro für die offene Kinder- und Jugendarbeit nicht im Haushalt 2016 zur Verfügung gestellt werden sollen, dann ist es eben nicht so, dass sich die Beschäftigten in den nächsten zwei Jahren progressiv und locker mit dem Thema inhaltlich auseinandersetzen können.

Es zeigt sich vielmehr, dass mit den Beratungen zum Doppelhaushalt 2016/2017, der die nächsten beiden Jahre inhaltlich durch die Finanzmittel, die zur Verfügung gestellt werden, bestimmt, entsprechende Rahmenbedingungen für die offene Kinder- und Jugendarbeit geschaffen werden müssen. Deshalb wollen wir der Sozialsenatorin - in Zusammenarbeit mit der Bildungssenatorin - nur ein halbes Jahr einräumen, um uns einen entsprechenden Bericht vorzulegen, damit für die Haushaltsberatungen entsprechende Ergebnisse vorliegen.

Noch einmal, ich glaube nicht, dass wir ein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem haben! Es gibt viele Teilaspekte, die schon bekannt sind, und an der Zusammenführung der restlichen Aspekte kann man arbeiten. Im Übrigen ist es als ein Ergebnis des Armutsausschusses anzusehen, dass er innerhalb kürzester Zeit sehr engagiert eine große Themenfülle abgearbeitet hat und letztlich zu 88 Handlungsempfehlungen gekommen ist.

Lassen Sie mich zum Schluss noch etwas zur Jugendbeteiligung sagen, weil das Thema eben auch eine Rolle gespielt hat: Es gibt eine gültige Gesetzeslage, die nicht noch einmal extra in einem Antrag erwähnt werden muss. Gesetze sind umzusetzen, und das habe ich schon in meinen ersten Ausführungen zum Thema gesagt. Das Gesetz legt allerdings nicht explizit fest, wie, in welchem Maß und an welcher Stelle die Beteiligung stattfindet. Es können direkte Beteiligungsverfahren der Bürger, einzelner Zielgruppen, aber

auch mittelbare Beteiligungsformen oder Nutzungs- und Wirkungsanalysen tatsächlicher Inanspruchnahme und daraus begründete Rückschlüsse auf die tatsächlichen Bedürfnislagen der Inanspruchnehmenden sein.

Eine direkte Beteiligung Jugendlicher können wir uns zum Beispiel bei der offenen Kinder- und Jugendarbeit als zwingend notwendig gut vorstellen. In anderen Bereichen, die in einem solchen Kinder- und Jugendbericht Teilpassagen beinhalten, ist es etwas schwieriger, eine direkte Beteiligung umzusetzen. Welches Beteiligungsverfahren soll für Kinder stattfinden, die zum Beispiel im Hermann-Hildebrand-Haus wegen Kindeswohlgefährdung untergebracht werden? Wir kommen hier schon in relativ große Schwierigkeiten, Beteiligungsformen installieren zu können.

Deswegen wollen wir, wenn der Jugendhilfeausschuss die Schwerpunktsetzung vornimmt und die endgültige Agenda festlegt, dass er an der Stelle auch deutlich sagt, wie er sich die Beteiligungsformen vorstellt, damit wir dann das Ganze umsetzen können. - Danke schön!

(Beifall CDU)

Vizepräsident Imhoff: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Tuncel.

Abg. Tuncel (DIE LINKE)^{*)}: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wenn wir einen Bericht evaluieren wollen, wenn es um Kinder und Jugendliche geht und wenn die Kinder und Jugendlichen nicht beteiligt werden, dann kann aus meiner Sicht - ich bin jahrelang im Jugendbereich tätig gewesen ist - eine Evaluation unterbleiben. Kinder und Jugendliche sind daher zu beteiligen.

(Beifall DIE LINKE)

Wenn wir Jugendliche beteiligen, dann reicht ein Zeitraum von sechs Monaten nicht aus. Die Zeit ist zu knapp bemessen, wir müssen mindestens ein Jahr vorsehen.

Kollege Möhle, ich finde es gut, dass Sie hier noch einmal ausgeführt haben, dass Sie sich dafür einsetzen wollen, dass im nächsten Jahr zusätzliche Mittel für den Kinder- und Jugendbereich zur Verfügung gestellt werden sollen, so habe ich Sie zumindest verstanden. Sollte ich Sie nicht richtig verstanden haben, dann korrigieren Sie mich bitte!

Für mich ist Folgendes wichtig: In Horn und in Hemelingen haben die Jugendeinrichtungen bereits um Hilfe gebeten. Gut, das Jahr geht zu Ende; wir haben bald Weihnachten, aber wir müssen auch schauen, dass wir bis zur Verabschiedung des Haushalts im Juni 2016 die Jugendlichen und

die Jugendeinrichtungen nicht im Stich lassen. Wir müssen ihnen akut zur Hilfe kommen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Stahmann.

Senatorin Stahmann^{*)}: Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren! Wir reden über die weitere Entwicklung der Jugendpolitik. Ich darf daran erinnern, dass wir bei der Haushaltsaufstellung vor zwei Jahren, ein Moratorium für die Kinder- und Jugendarbeit der freien Träger, der Jugendinitiativen und der Jugendangebote, die verteilt über die Stadt angesiedelt sind, verabredet haben. Es sollten die Jugendangebote überprüft werden, welche Zielgruppen erreicht und welche nicht erreicht werden, zu welchen Zeiten die Einrichtungen geöffnet und wie viel Personal ist mit welcher Kompetenz vertreten sind.

Dieses Moratorium ist mit allen Jugendhilfeträgern, es wurde eben gerade auch das Bündnis „30 Prozent mehr Zukunft“ erwähnt, und dem Jugendhilfeausschuss erarbeitet worden. Im Jugendhilfeausschuss ist es in einigen Sitzungen beraten worden. Es liegt jetzt ein Ergebnis vor, das der Politik aufzeigt, in welchen Bereichen sie welche Themen befördern kann. Der Abgeordnete Möhle hat es eben erwähnt, wenn man die Finanzmittel um eine bestimmte Summe erhöht, dann kann eine Weiterentwicklung in einem bestimmten Bereich gestartet werden.

In der Debatte ist eine Vielzahl der möglichen Bereiche genannt worden, es ist die Mädchenarbeit, es ist die Arbeit mit jungen Flüchtlingen, es ist die Kinder- und Jugendbeteiligung, die als zentraler Baustein von allen Jugendinitiativen und allen Jugendhilfeträgern angesehen wird. Ich bin mir sicher, dass diejenigen, die die Jugendbeteiligung nicht in ihren Angeboten implementiert haben, sehr schnell weg vom Fenster sind, um es einmal salopp zu sagen.

In Senioreneinrichtungen befragt man die Senioren nach den Essenswünschen, wie die Zimmer und die Gartenanlage gestaltet werden sollen. Die Träger der Kinder- und Jugendhilfeverhalten sich gleichermaßen, sie befragen nämlich die Kinder und Jugendlichen, welche Angebote sie sich wünschen, welche Fahrten gemacht werden sollen, welches Kursangebot gewünscht wird, also zusammengefasst, welche Wünsche an die Träger bestehen. Ich bin froh, dass in Bremen eine entsprechende Entwicklung stattgefunden hat.

Wir sind im Jugendbereich sehr fortschrittlich, denn wir verfügen über regionalisierte Stadtteilbudgets. Wir haben über sechs Millionen Euro

bremenweit auf die Stadtteile verteilt, sie in die Verantwortung der Beiräte, der Jugendhilfeträger und der an der Jugendarbeit in den Stadtteilen Beteiligten gelegt. Die Beiräte führen die Diskussion, welche Angebote unterstützt werden sollen. In diesem Bereich werden Weichenstellungen sehr kleinräumig vorgenommen.

Ich glaube, damit ist die Kinder- und Jugendarbeit in den letzten Jahren in Bremen beflügelt worden, und dies auch vor dem Hintergrund, dass die eine oder andere Stimme laut geworden ist, dass sich an der einen oder anderen Stelle Mangelerscheinungen zeigen, weil sich zum einen die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen verändert haben und zum anderen eine Ausweitung des Angebots gewünscht wird. Es sind beispielsweise die Ausweitung der Öffnungszeiten und eine Vergrößerung des Betreuungsangebots in den Abendstunden zu nennen, aber auch die Ganztagschulen haben sich ihren Weg gebahnt und die Jugendhilfeangebote verändert. All das müssen wir mit den Jugendhilfeangeboten in Bremen abbilden.

Es liegt ein Antrag vor, mit dem die Vorlage eines Berichts erbeten wird. Diesen Ball werden wir aufnehmen. Wir werden den Bericht, wie es in der Debatte bereits angeklungen ist, von Externen erstellen lassen. Im Augenblick steht in meinem Hause nicht die Arbeitskapazität zur Verfügung, die einen umfassenden Kinder- und Jugendbericht erstellen könnte. Ich kündige also an, dass externe Unterstützung notwendig ist, und das hat mir das Fachreferat meines Hauses mehr als deutlich signalisiert.

Im Jugendhilfeausschuss ist es möglich, den Bericht des Rahmens und die Schwerpunktsetzungen festzulegen. Ich glaube, allen Debattenbeiträgen, die wir hier gehört haben, war zu entnehmen, dass am Ende der beschlossene Haushalt 2016/2017 und die Mittel für die Kinder- und Jugendinitiativen zählen, die sich die Bürgerschaft zutraut, in den Jugendhaushalt einstellen zu können. Ich wäre wesentlich glücklicher gewesen und würde Sie beseelt an meine Brust drücken, wenn für die Kinder- und Jugendarbeit zusätzlich zwei Millionen Euro vorgesehen worden wären, denn sie hätte es verdient.

Ich weiß allerdings auch, dass das Sozialressort zu anderen wichtigen Bereichen auf dem Markt in Konkurrenz tritt. Wir haben, wie gesagt, gute Argumente, und sie liegen meinem Hause und den Fachabgeordneten bereits vor. Ich glaube auch, die Jugendinitiativen haben es verdient, dass sie bei den kommenden Haushaltsberatungen gehört werden. Der Abgeordnete Tuncel hat zwei Beispiele genannt. In Hemelingen hat im Zuge der neuen Einrichtung eine Aufstockung des Personals stattgefunden. In Borgfeld wird für jugendliche Flüchtlinge großartige Arbeit geleistet.

Wir müssen zusammen mit dem Jugendhilfeausschuss neue Entwicklungen aufnehmen und Antworten finden, weil die Mittel auf knapp 6,6 Millionen Euro festgeschrieben sind, und zwar seit 2011. Ich bitte das Parlament, diesen Bereich bei der Haushaltsaufstellung sorgfältig zu beraten! Den vorliegenden Antrag werden wir dann gern umsetzen. - Danke schön!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Imhoff: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE mit der Drucksachennummer 19/55 S zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, ALFA, Abg. Tassis [AfD])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Änderungsantrag ab.

Nun lasse ich über den Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD mit der Drucksachennummer 19/40 S abstimmen.

Hier wurde getrennte Abstimmung beantragt.

Zuerst lasse ich über die Ziffer 1 Satz 3 abstimmen.

Wer Ziffer 1 Satz 3 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, FDP, ALFA, Abg. Tassis [AfD])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt der Ziffer 1 Satz 3 zu.

Nun lasse ich über den restlichen Antrag abstimmen.

Wer dem restlichen Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, Abg. Tassis [AfD])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, Abg. Tassis [AfD])

Stimmenthaltungen?

(ALFA)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem restlichen Antrag zu.

Jetzt lasse ich über den Antrag der Fraktion der CDU abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachennummer 19/56 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU, FDP, ALFA, Abg. Tassis [AfD])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Rechtswidrigen Zustand beheben - Stadtteilbudgets für die Beiräte in den Haushalten ab 2016 abbilden

Antrag der Fraktion der CDU vom 10. November 2015 (Drucksache 19/41 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Strehl.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat der Abgeordnete Lübke das Wort.

Abg. Lübke (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Beirätegesetz wurde im Jahr 2010 unter anderem dahin gehend geändert, dass die Beiräte in Bremen über sogenannte Stadtteilbudgets verfügen können. Diese Stadtteilbudgets sollen die Beiräte eigenverantwortlich für Maßnahmen in ihrem Stadtteil ausgeben können. Dadurch sollen die Beiräte mehr Rechte bekommen und insbesondere eine höhere Wertschätzung in der politischen Debatte erhalten.

Meine Damen und Herren, seit 2010 müssen wir jedoch feststellen, dass die Stadtteilbudgets vom